

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 20 (1993)
Heft: 3

Artikel: Der lange Marsch der Frauen zur politischen Macht : "Machen Sie Platz, meine Herren!"
Autor: Cossy, Catherine
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910321>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der lange Marsch der Frauen zur politischen Macht

«Machen Sie Platz, meine Herren!»

Mehr als zwanzig Jahre nach der Einführung des Frauenstimmrechts ist einer der sieben Bundesratssitze wieder von einer Frau besetzt. Die Wahl der Sozialdemokratin Ruth Dreifuss ins höchste Amt stellt einen Wendepunkt auf dem langen Weg der Frauen zur politischen Macht dar. Zum ersten Mal haben sie auf ihrem Vormarsch nämlich einen Gang zugelegt.



Christiane Brunner (links) gratuliert ihrer «politischen Zwillingsschwester» Ruth Dreifuss zur Wahl in den Bundesrat. (Foto: Keystone)

Nach dem 3. März 1993 waren alle Parteien – auch die Sozialdemokraten – überrascht über die Gefühle, welche die Nichtwahl von Christiane Brunner, der offiziellen und ein-

Catherine Cossy

zigen Kandidatin der Sozialdemokratischen Partei, ausgelöst hatte. In der Woche, bevor der Neuenburger Francis Matthey auf das Amt verzichtete und damit den Weg für Ruth Dreifuss freimachte, sind Tausende von Frauen jeden Alters auf die Strasse gegangen und haben die Wahl einer Frau in die Regierung gefordert. Das ist einmalig für die Schweiz, wo Frauenanliegen noch selten die Massen mobilisiert haben.

Das gab es noch nie

Und diese Entwicklung setzt sich fort. Nicht auf der Strasse, sondern an den Urnen. Die Nichtwahl von Christiane Brunner, einer Politikerin mit einer direkten Sprache und einer an Rückschlä-

gen reichen Biographie, in der sich zahlreiche Schweizerinnen selbst wiederfinden, hat die Wählerinnen aufbegehren lassen. Während sich in den letzten Jahren der Anteil an Volksvertreterinnen in den Kantonsparlamenten nur langsam erhöhte, hat der «Brunner-Effekt» diese gemächliche Gangart radikal beschleunigt.

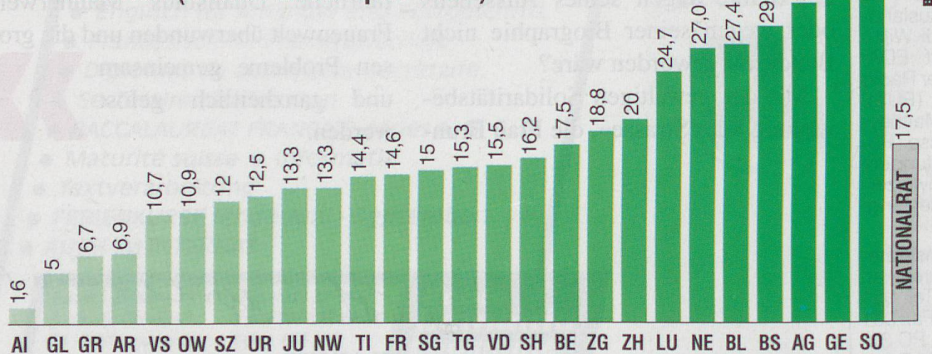
Am spektakulärsten war der Aufschwung in Solothurn, wo der Frauenanteil von 10 auf 35 Prozent stieg. Ebenfalls zugenommen hat er von 19,5 auf 31,5 Prozent im Aargau und von 14 auf 28 Prozent in Neuenburg. Das gab es noch nie in der Schweiz, wo die politischen Strategen Geduld predigten und den Frauen, die erst seit 1971 das Stimm- und Wahlrecht besitzen, sagten, die Zeit werde für sie arbeiten, wenn es darum gehe, den Vorsprung auf ihre männlichen Kollegen einzuholen.

Kleine Schritte

Seit der staatsrechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau bemühen sich

die Frauen, die Stufen der politischen Macht zu erklimmen. Trotzdem sind sie in sämtlichen Behörden auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene fast ausnahmslos untervertreten. Zurzeit belegen sie im Nationalrat 35 der 200 und im Ständerat 4 der 46 Sitze. Der Frauenanteil in den eidgenössischen Räten beträgt demnach insgesamt 15,8 Prozent. Im Nationalrat sind die Sozialdemokratinnen am zahlreichsten vertreten (12), gefolgt von den Grünen (8) und den Freisinnigen (5). Aus der Romandie kommen nur fünf Frauen nach Bern. In den kantonalen Parlamenten übersteigt der Frauenanteil die 30-Prozent-Schwelle einzig in Solothurn, Genf und im Aargau (vgl. Grafik). Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Frauen im Kanton Appenzell Ausserrhoden bis 1990 nicht an der traditionellen Landsgemeinde teilnehmen durften und dass sich ihre Schwestern in Appenzell Innerrhoden sogar bis 1991 gedulden mussten. In den kantonalen Parlamenten sind die Frauen der Sozialdemokratischen Partei mit insgesamt 196 Sitzen (35%) zahlenmässig am stärksten vertreten, gefolgt von den Freisinnigen mit 109 (14%) und den Frauen der Christlichdemokratischen Volkspartei mit 91 (7,5%). Verhältnismässig am besten stehen jedoch die Frauen der Grünen Partei mit mehr als der Hälfte der Sitze da, und an zweiter Stelle liegt der Landesring der Unabhängigen mit einem Frauenanteil von 40 Prozent.

Frauenanteil in den kantonalen Parlamenten, in Prozenten (Stand: Ende April 1993)



«Frauenpower» in der Bundesstadt

Die doppelte Wende von Bern

Seit dem 2. Mai 1993 hat Bern als erste Stadt in der Schweiz eine weibliche Mehrheit in der Exekutive: vier von sieben Mitgliedern des Gemeinderates sind Frauen. Damit haben die Wählerinnen und Wähler der Bundesstadt die Ereignisse von anfangs März gleichzeitig vorweggenommen und (vorläufig) abgeschlossen. Bei den Wahlen ins städtische Parlament vom 6. Dezember 1992 war der Frauenanteil nämlich auf rekordverdächtige 42,5 Prozent angestiegen. Eine doppelte Wende also!

Es brauchte allerdings zwei männliche Rücktritte, um neben den drei im Dezember gewählten eine vierte Frau in den Gemeinderat zu bringen: zunächst trat der wiedergewählte Josef Bosshard (CVP) erbst zurück, weil er – als Folge seines Alleinganges in der Wahl ins Stadtpräsidium – in ein anderes Ressort «strafversetzt» worden war. Dann sah sich die SVP gezwungen, einem ersten Nachfolgekandidaten wegen «unsauberen Umganges mit

der Wahrheit» den Rückzug nahezulegen, bevor sie Ursula Begert auf den Schild hob.

Die Bäuerin und Laborantin ist jedoch nicht als Notlösung zu bezeichnen, weil sie weitherum als kompetente Politikerin geschätzt wird und auch bekannter ist als ihr parteiinterner Rivale. Zusammen mit Therese Frösch (Grünes Bündnis), Theres Giger (FDP) und Joy Matter (Junges Bern) steht sie nun vor der Aufgabe, den zahlreichen Skeptikern zu beweisen, dass Frauen in der Politik ebenso gut bestehen können wie Männer. Nach 800 Jahren männlich dominierter

Stadtgeschichte sicher kein Zucker-schlecken!

Die vier Frauen, die aus unterschiedlichsten Welten und Berufen kommen, verdanken ihren Wahlerfolg auch etlichen Vorkämpferinnen für die Sache der Frau: etwa der ersten Berner Gemeinderätin überhaupt, Ruth Im Obersteg Geiser, die zahlreiche Schlammschlachten über sich hatte ergehen lassen müssen, oder der für viele zu engagierten und daher abgewählten Schuldirektorin Gret Haller. Möglich wurde die Berner «Frauenpower» auch dank einer gemeinsamen Wahl-liste des rotgrünen Lagers, das traditionell mehr Frauen in der Politik stellt als das bürgerliche und jetzt mit vier Sitzen auch die Mehrheit im Gemeinderat innehat.

René Lenzin

Die erste schweizerische Stadtregierung mit weiblicher Mehrheit (v.l.n.r.): Kurt Wasserfallen, Therese Frösch, Theres Giger, Klaus Baumgartner (Stadtpräsident), Ursula Begert, Joy Matter, Alfred Neukomm. (Foto: adv)



Ein düsteres Bild präsentieren die Kantonsregierungen. Nur neun Kantone haben den Frauen die Türen zu ihren Regierungen geöffnet – und auch dort nur für jeweils eine Frau. Die anderen Stände sind männliche Bastionen geblieben. 1983 hatte Zürich mit der Wahl von Hedi Lang den ersten Schritt getan; darauf folgten Bern, Luzern, Schwyz, Freiburg, Solothurn, Obwalden, Basel-Stadt und der Aargau.

Einziger Lichtblick in dieser tristen Bilanz ist die Stadt Bern: seit Mai 1993 wird sie von einer Frauenmehrheit regiert (vgl. Kasten).

Quoten machen Angst

Alle Versuche, die Entwicklung voranzutreiben, haben bis heute wenig Erfolg gehabt. Massnahmen, die den Frauen helfen sollten, die Männer einzuholen, fanden keine Unterstützung: die Quo-

tenregelung, die den Frauen einen Teil der Sitze sichern sollte, wurde im Januar 1992 vom Nationalrat als zu extrem verworfen. Zwei Initiativen, die 1990 lanciert wurden und den Frauen eine Vertretung von mindestens 40 Prozent in den Bundes-, Kantons- und Gemeindebehörden hätten garantieren sollen, sind gescheitert. Doch nach den Ereignissen vom vergangenen März wird sich das Parlament erneut mit Frauenquoten befassen müssen.

Bei den letzten Nationalratswahlen von 1991 haben die Sozialdemokraten und die Grünen in einigen Kantonen der Deutschschweiz und in Genf Frauenlisten aufgestellt. Im allgemeinen haben sich diese für die Frauen bewährt und einen Sprung nach Bern ermöglicht. Doch der erhoffte Erdrutschsieg fand nicht statt. Zu den insgesamt 34 Nationalrätinnen (13,8%), die 1987 gewählt worden wa-

ren, kamen vier Jahre später nur 5 neue hinzu, was einer Erhöhung um 2 Prozent entspricht. Dabei hatte der Titel des umfangreichen Berichts der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen, der im Hinblick auf die Nationalratswahlen von 1991 herausgegeben wurde, noch «Nehmen Sie Platz, Madame» gelautet. Dieser Bericht enthielt insbesondere Massnahmen zur Erhöhung des Frauenanteils in den eidgenössischen Räten.

Vor die Tür gesetzt

Seit Beginn des Jahres 1993 gilt eine andere, wirksamere Maxime: «Machen Sie Platz, meine Herren!». Es genügt in der Tat nicht, den Frauen Mut zuzusprechen, um sie dann im politischen Spiel nur als Statistinnen auftreten zu lassen. Die am 10. März vor dem Bundeshaus versammelten Frauen haben den

Parlamentariern vor Augen geführt, dass es keinen Grund gibt, weiterhin mehr als die Hälfte der Bevölkerung von der Machtausübung auf höchster Ebene fernzuhalten. Die nach einigem Hin und Her erfolgte Wahl von Ruth Dreifuss in den Bundesrat markiert einen wichtigen Wendepunkt. Francis Matthey hat dies zu seinem Nachteil erfahren müssen. Unabhängig von seinen Qualitäten musste ein Mann auf das höchste Amt verzichten, für das er sich prädestiniert fühlte, und einer Frau den Sessel überlassen.

Die Tatsache, dass die Mehrheit der beiden Kammern am ersten Wahltag

Partei die Ausnahmebewilligung, weitere vier Jahre im Amt zu bleiben, nicht erhalten. Die heutige Grossratspräsidentin, Micheline Calmy-Rey, hat gute Chancen, seinen Platz einzunehmen.

Die Zahl der Mandate kann nicht erhöht werden, und jeder von einer Politikerin begehrte Sitz ist in den meisten Fällen noch von einem Mann besetzt. Aber wenn die von Christiane Brunner entzündete Flamme weiterbrennt, werden die unerbittlichen Gegner von Frauenquoten vielleicht doch noch Gefallen daran finden – und sei es nur, um einen angemessenen Männeranteil in den politischen Behörden zu sichern. ■



Karriereorientierte Frauen geraten gerne zwischen die Fronten, entweder im Beruf nicht «ihren Mann stellen zu können» oder, wenn ihnen das gelingt, keine richtige Frau mehr zu sein.

nicht gezögert hatte, wieder eine ausschliesslich männliche Regierung zu bilden, hat sich als Zündstoff erwiesen. Die Wählerinnen – und auch etliche Wähler – sind sich ihrer Macht bewusst geworden und haben bei den Erneuerungswahlen in die Kantonsräte im Aargau, in Solothurn und in Neuenburg den Rotstift angesetzt. Zu den abgewählten Parlamentariern gehörten sogar solche, die für ihr Engagement für die Gleichstellung der Geschlechter bekannt waren. Und in Genf hat der sozialdemokratische Staatsrat Christian Grobet, der seit 12 Jahren im Amt ist, für die Wahlen vom kommenden Herbst von seiner

Interview

Harzige Gleichstellung

Ein Gespräch der «Schweizer Revue» mit Claudia Kaufmann, der Leiterin des Eidgenössischen Büros für die Gleichstellung von Mann und Frau.

«Schweizer Revue»: Frau Kaufmann, gleich zu Beginn eine brisante Frage, nämlich die nach der Lohnungleichheit. Wie steht es damit in der Schweiz?

Claudia Kaufmann: Im Durchschnitt gibt es bei uns immer noch einen Unterschied zwischen Männerlöhnen und Frauenlöhnen von rund 30%. Von einer aktiven Lohnungleichheitspolitik können

Berufstätigkeit als Voraussetzung für

Zuwenig S

Genügt Ihr Lohn, um alle wichtigen Bedürfnisse abzudecken? Ist Ihre Arbeit befriedigend? Haben Sie Mitbestimmung in dem, was Sie machen, und wie? Können Sie die Kinder problemlos in Krippe, Kindergarten und Ganztageschule unterbringen? Haben Sie genug Freizeit, Ferien, Schwangerschaftsurlaub? Ist für Sie sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz unvorstellbar? Wird Ihre Rente für ein gemütliches Leben reichen? Wird Ihnen eine angemessene Weiterbildung vom Arbeitgeber offeriert? Sind Sie im Betrieb den Männern überall gleichgestellt?

Das alles oder einiges davon können Fragen sein, die sich einer Frau im Berufsleben stellen, Probleme, die sie zu lösen hat, wenn sie in ihrer Arbeit Erfüllung finden will.

Der (Fehl)start

Der Beruf gehört immer mehr zu den Selbstverständlichkeiten in der weiblichen Lebensplanung, ja, er ist geradezu die Voraussetzung für die Eigenständigkeit der Frau. Lange nicht so selbstverständlich ist allerdings die Wahl einer qualifizierten Ausbildung und damit eines Berufes mit Entwicklungsmöglichkeiten. Sicher ist die Beteiligung der Mädchen an den ersten nachobligatori-

wir bei uns leider (noch) nicht sprechen. Wenn man denkt... seit Annahme des Gleichstellungsartikels, 1981, hat es gerade nur 15 gerichtliche Lohnklagen gegeben, und die Sozialpartner haben ihre Verantwortung bei der Aushandlung der Arbeitsverträge bisher noch zuwenig wahrgenommen. Zur Zeit ist das – in den meisten europäischen Ländern längst existierende – Gleichstellungsgesetz in der parlamentarischen Beratung. Hoffen wir, dass es sich nicht zuviele Zähne ziehen lassen muss.

Und die Chancengleichheit?

Lohnungleichheit kann es ohne Chancengleichheit nicht geben. Wiederum international gesehen, schneiden vor allem diejenigen Staaten gut ab, die umfassende – von Steuerrecht über Sozialversicherung bis ausserhäusliche Kinderbetreuung – Chancengleichheitspolitik mit vielfältigsten Massnahmen ver-